

V0384/24

Möglichkeiten der Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber wieder nutzen

Antrag der CSU Stadtratsfraktion vom 05.03.2024 (V0193/24)

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Die Aufgaben- und Finanzverantwortung im Bereich der Integration Geflüchteter, die Besonderheiten der Aufnahme Geflüchteter in Ingolstadt aufgrund der ANKER Einrichtung, der Bericht der Verwaltung zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Jahr 2023 und die vorgesehene organisatorische Umsetzung der neuen rechtlichen Möglichkeiten wird bekannt gegeben.
2. Der Stand der Umsetzung der Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG neue Fassung wird bekannt gegeben.
3. Die Leistungen des städtischen Jobcenters zur Förderung der Integration von Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt seit 2021 werden bekannt gegeben.
4. Direkte Refinanzierungsmöglichkeiten für den Verwaltungsaufwand beim Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes (und insbesondere der Administration von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG) durch den Bund bestehen nicht. Forderungen der Stadt an den Freistaat zur gesonderten Erstattung der mit dem Vollzug des AsylbLG verbundenen Verwaltungskosten wurden – abgesehen von einer sog. Hausmeister- pauschale – in der Vergangenheit und auch aktuell immer wieder abgelehnt.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	04.07.2024	Bekanntgabe
Stadtrat	23.07.2024	Bekanntgabe

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 04.07.2024

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion V0193/24 und der Antrag der Verwaltung V0384/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Dr. Kern merkt an, dass es der CSU-Stadtratsfraktion vorrangig um die Integration gehe, damit die Menschen an der Hand genommen werden und in das Arbeitsleben

eingeführt werden. Bis 2020 habe es die in-arbeit GmbH gegeben, die genau das gemacht habe, daher möchte er wissen, wie das aktuelle Vorgehen dazu sei. Er bedankt sich für die Aufstellung in der Sitzungsvorlage, in der ersichtlich sei, dass Beispielsweise bei der INKB etwas unternommen werde, doch gleichwohl müsse man als Gesamtstadt eine große Anstrengung vollbringen. Bei diesem Thema sei seiner Meinung nach mehr Dynamik notwendig, doch das sei ein Entwicklungsprozess, der gemeinsam gemacht werden müsse und es könne durchaus eine ehrenamtliche Komponente beinhaltet sein. Weiter wünscht sich Stadtrat Dr. Kern quartalsweise eine kurze Info über den aktuellen Stand.

Herr Fischer bringt vor, dass die Stadt Ingolstadt in einer anderen Situation sei als viele anderen Landkreise und Städte in Bayern, wenn es um Arbeitsgelegenheiten („AGH“) für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz („AsylbLG“) gehe. In Ingolstadt sei es nur eine ganz kleine Gruppe der AsylbLG-Leistungsberechtigten, die in dezentraler, städtischer Unterbringungsverantwortung seien, da es die ANKER-Einrichtung des Freistaates gebe, in der neu ankommende Asylsuchende zunächst aufgenommen werden. Nur für die dezentral untergebrachten AsylbLG-Leistungsberechtigten komme die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten durch die Stadt sinnvollerweise in Betracht. Des Weiteren teilt Herr Fischer mit, dass in Ingolstadt derzeit 4.300 Ausländerinnen und Ausländer mit Fluchthintergrund in Ingolstadt vom Freistaat Bayern auf die zu erfüllende Quote nach der DVAsyl angerechnet werden. Davon seien nur 122 AsylbLG-Leistungsberechtigte, die über 18 Jahre alt seien und die dezentral in Ingolstadt untergebracht seien. In den letzten zwei Jahren habe man in Ingolstadt keine Asylbewerber dezentral aufnehmen müssen, da die Quote der Stadt Ingolstadt über die ANKER-Einrichtung und die in Ingolstadt lebenden bleibeberechtigten Geflüchteten erfüllt sei. Von den 122 seien bereits viele am ersten Arbeitsmarkt beschäftigt, daher bleibe nur noch eine kleine Gruppe übrig, für die eine Arbeitsgelegenheit organisiert werden könne. Daher habe man eine völlig andere Situation als in den ersten Jahren nach 2015. Deshalb soll nun eine andere Strategie auch im Hinblick der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen werden. Es werde kein zusätzliches Personal benötigt, um Arbeitsangelegenheiten im derzeit sinnvollen Umfang zu administrieren. Es werden nach und nach weitere AGH-Einsatzmöglichkeiten geschaffen und wenn möglich besetzt.

Stadtrat Dr. Kern merkt an, dass Stand Mai 2023 sieben AGH-Stellen besetzt seien, doch er ist der Meinung, dass die Zahl noch erhöht werden könne. Jeder der integriert werde, sei ein Gewinn und eine gute Sache für die Zukunft.

Bürgermeisterin Kleine bedankt sich für das Zitat der Zahlen, denn daran sehe man, in welchem Bereich man stehe, obwohl sich an allen Ecken bemüht worden sei. Weiter hakt sie nach, ob es im Tierheim im Moment jemanden gebe.

Stadtrat Ettinger teilt mit, dass er eine E-Mail schreiben werde, denn im Tierheim gebe es immer den Bedarf an Leuten, die helfen.

Bürgermeisterin Kleine äußert, dass in einer Sitzung bereits darüber gesprochen worden sei und zum Beispiel im Zoo Wasserstern bereits eine Arbeitsgelegenheit eingerichtet und auch besetzt werden konnte. Das Tierheim sei damals ebenso genannt worden, doch dort habe es bislang nicht funktioniert. Man spreche dabei nur über zwei Handvoll Personen, die dort benötigt werden.

Stadträtin Segerer ist der Meinung, wenn es sich um 10 Personen handle, dass dies händelbar sein sollte.

Frau Nehir schildert, dass das Team des Amtes für Soziales, das die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auszahle im Moment massiv mit der Einführung der Bezahlkarten beschäftigt sei. Der Monat Juli sei der erste Monat, in dem die Bezahlkarten ausgehändigt worden seien, sowohl in der ANKER-Einrichtung als auch für die Bewohner

der Gemeinschaftsunterkunft und für dezentrale untergebrachte AsylbLG-Leistungsbe-rechtigte. Weiter teilt sie mit, dass es eine App für die Bezahlkarte gebe, bei der die Asylbewerber sehen, wie viel Geld noch zur Verfügung stehe. Gerade in den ersten Wochen herrsche dabei viel Erklärungsbedarf bei den Geflüchteten, da dies neu ist. Daher habe das Team im Moment keine Zeit, das Thema Arbeitsgelegenheiten voranzubringen. Von den 122 Personen, die Herr Fischer erwähnt habe, sei die Hälfte in Arbeit und es bleiben rund 50 Personen übrig. Diese werden alle einzeln eingeladen, um zu sehen, was sie machen. Für jeden der keiner geregelten Tätigkeit nachgehe, werde etwas Passendes gesucht.

Stadtrat Werner hebt vor, dass man um jeden froh sei, egal ob Asylbewerber oder Langzeitarbeitslose Einheimische, der wieder arbeitet. Ebenso sei über gewisse Erfolge berichtet worden, daher stimme die SPD-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage zu.

Stadträtin Mader will in Erfahrung bringen, ob es möglich sei, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses neue Zahlen zu bekommen.

Frau Nehir bestätigt dies.

Stadtrat Ettinger bringt vor, dass es viele vernünftige und sachliche Grundlagen gebe und er daher zustimmen werde. Auf der einen Seite werden händeringend Leute gesucht, die sich am Arbeitsprozess beteiligen, da viel Arbeit liegenbleibe und dadurch Not entstehe und somit keiner zurückgelassen werden könne. Auf der anderen Seite erhöhe es seiner Meinung nach die Akzeptanz der Geflüchteten in der Bevölkerung.

Bürgermeisterin Kleine hakt nach, ob über die Vorlage der Verwaltung abgestimmt werde oder ob sie nur bekanntgegeben werde.

Herr Fischer ist der Ansicht, dass die Bekanntgabe ausreiche und ein Beschluss nur notwendig sei, wenn aus Sicht des Stadtrates zusätzliche Planstellen im Amt für Soziales geschaffen werden sollen, um die Arbeitsgelegenheiten schneller und in größerem Umfang zu organisieren. Der Vorschlag der Verwaltung sei gewesen, sozusagen personell „mit Bordmitteln“ zu arbeiten. Herr Fischer bedankt sich bei dem ganzen Team im Amt für Soziales für den reibungslosen Einführungsprozess der Bezahlkarten. Es sei ein großes Projekt gewesen, das in sehr kurzer Zeit umgesetzt wurde und dadurch auch viele Fortbildungsbedarfe bei den Mitarbeitenden ausgelöst hätte. Dennoch habe man es in kurzer Zeit auch mit der Sondersituation aufgrund der ANKER-Einrichtung hinbekommen. Herr Fischer bittet um Verständnis, dass in Abstimmung mit der Staatsregierung der Arbeitsschwerpunkt der letzten Monate auf dem Projekt Bezahlkarte lag.

Stadtrat Dr. Kern teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion den Antrag gestellt habe, um das Ganze darzustellen, doch nun sei das Thema dankenswerterweise mit Bordmitteln geschildert worden. Ebenso habe Frau Nehir in Aussicht gestellt, dass dieses Thema nicht vergessen werde und somit sei man gut unterwegs und damit sei auch die Ausschussbefassung ideal in dem Sinne, dass Bordmittel angewendet werden. Wichtig sei, dass sich um alle Themen gekümmert werde und niemand zurückgelassen werde.

Bürgermeisterin Kleine ist der Meinung, dass die beiden Anträge den Eindruck erwecken sollen, dass man schneller vorankommen soll und mehr getan werden soll.

Stadtrat Ettinger hakt nach, ob Frau Bürgermeisterin Kleine unterstelle, dass die Verwaltung kritisiert werde.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass sie es so verstanden habe, dass mehr getan werden soll.

Stadtrat Ettinger bringt vor, dass das Thema priorisiert werden soll, so wie es im Antrag stehe. Doch die Verwaltung soll damit nicht kritisiert werden.

Stadträtin Segerer teilt mit, dass sie und Stadträtin Krumwiede den gleichen Eindruck wie Bürgermeisterin Kleine hatten.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird bekanntgegeben.